Konzessionsvertrag über die Nutzung öffentlicher Verkehrswege zum Bau und Betrieb von Leitungen für die Wärmeversorgung in Tengen

zwischen der

Fernwärme Tengen AG
vertreten durch Frau Vorstand Karin Stulz
in der Briese 8
79865 Grafenhausen
(nachstehend „WÄRMEVERSORGER“ genannt)

und der

Stadt Tengen,
vertreten durch Herrn Bürgermeister Marian Schreier
Marktstraße 1
78250 Tengen
(nachstehend " Stadt " genannt)

Vorbemerkung

Ziel dieses Vertrages ist es, durch Bereitstellung und Betrieb eines Wärmeversorgungsnetzes unter Nutzung gemeindlicher Grundstücke eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche Versorgung der Einwohner und Gewerbetreibenden in Tengen mit Wärme zu gewährleisten.

Im ersten Bauabschnitt wird das gesamte Stadtgebiet (Kernstadt Tengen, gemäß rot eingezeichneter Leitungstrasse in beigefügtem Lageplan) wärmetechnisch erschlossen. In zeitlich späteren Bauabschnitten können weitere Gebiete in der Stadt Tengen erschlossen werden.

Im Hinblick auf dieses Ziel werden die Stadt und der WÄRMEVERSORGER vertrauensvoll zusammenarbeiten.

§ 1

Art und Umfang des Betriebs des Energieversorgungsnetzes

Der WÄRMEVERSORGER errichtet und betreibt in Tengen - zunächst in dem in Anlage 1 gekennzeichneten Versorgungsgebiet - ein Wärmeversorgungsnetz.

Die Verteilungsanlagen stehen im Eigentum oder in der Verfügungsgewalt des WÄRMEVERSORGERS.

Der WÄRMEVERSORGER führt in Tengen den Netzbetrieb zur Ermöglichung der allgemeinen Versorgung mit Wärme durch.

§ 2

Anschluss- und Versorgungspflicht

- (1) Der WÄRMEVERSORGER verpflichtet sich, im Versorgungsgebiet auf Antrag jedermann zu den allgemeinen Bedingungen und den allgemeinen Tarifpreisen an ihr Versorgungsnetz anzuschließen und zu versorgen. Hiervon ausgenommen sind Anschlüsse, die mit einem unzumutbaren Kostenaufwand verbunden sind.

Es finden die Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme (AVB FernwärmeV) sowie die hierzu geltenden ergänzenden Bedingungen Anwendung.

- (2) Falls der WÄRMEVERSORGER durch Umstände, die abzuwenden nicht in ihrer Macht liegt, an der Wärmeversorgung gehindert sein sollte, so ruhen die Verpflichtungen nach Ziff. 1 solange und soweit die Störung oder ihre Folgen andauern. Der WÄRMEVERSORGER ist verpflichtet eine ordnungsgemäße Wärmeversorgung mit allen wirtschaftlich vertretbaren Mitteln wieder herzustellen.
- (3) Der WÄRMEVERSORGER kann die Wärmeversorgung zur Durchführung betriebsnotwendiger oder im öffentlichen Interesse erforderlicher Arbeiten unterbrechen. Sofern nicht Gefahr im Verzuge ist, wird sie eine solche Absicht ortsüblich bekannt machen und die Unterbrechung zeitlich so einrichten, dass die Abnehmer möglichst wenig beeinträchtigt werden.

§ 3

Grundstücksbenutzung

- (1) Die Stadt gestattet dem WÄRMEVERSORGER, alle in Tengen gelegenen öffentlichen Verkehrswege (Straßen, Wege, Plätze und Brücken), über die ihr das Verfügungsrecht zusteht, für die Errichtung und den Betrieb von Leitungen zur Verteilung und Abgabe von Wärme in Tengen zu benutzen, soweit der Gemeingebrauch dadurch nicht oder nur vorübergehend beeinträchtigt wird und Rechte Dritter dieser Benutzung nicht entgegenstehen.

An den übrigen Bauwerken und Grundstücken der Stadt ist jeweils eine gesonderte Vereinbarung zu treffen. Diese Vereinbarung regelt u.a. das Entgelt, Folgepflichten, die Tragung von Folgekosten sowie Endschaftsbestimmungen.

Leitungen im Sinne dieses Vertrages sind alle Wärmeverteilungsanlagen samt deren Zubehör, insbesondere Mess-, Steuer- und Telekommunikationsleitungen und –anlagen. Für durch den WÄRMEVERSORGER neu zu errichtende Telekommunikationsleitungen, die nicht zum Netzbetrieb erforderlich sind, gilt das Telekommunikationsgesetz (TKG).

- (2) Benötigt der WÄRMEVERSORGER zur Errichtung von Wärmeversorgungsanlagen sowie von Gebäuden (sonstige Anlagen) stadteigene Grundstücksflächen, ist eine gesonderte Vereinbarung zu treffen. Diese Vereinbarung regelt u.a. das Entgelt, Folgepflichten, die Tragung von Folgekosten sowie Endschaftsbestimmungen.
- (3) Für Leitungen, die nicht ausschließlich der Versorgung der Stadt Tengen dienen, räumt die Stadt dem WÄRMEVERSORGER auf dessen Wunsch beschränkte persönliche Dienstbarkeiten ein.

Der WÄRMEVERSORGER zahlt dabei an die Stadt eine einmalige Entschädigung in angemessener Höhe. Die bei der Einräumung der Dienstbarkeiten anfallenden Kosten trägt der WÄRMEVERSORGER.

- (4) Beabsichtigt die Stadt, Grundstücke, auf denen sich Leitungen oder sonstige Anlagen des WÄRMEVERSORGERS befinden, an Dritte zu veräußern, wird die Stadt den WÄRMEVERSORGER rechtzeitig vor der Veräußerung hierüber unterrichten.

Sofern Leitungen oder sonstige Anlagen des WÄRMEVERSORGERS nicht bereits dinglich gesichert sind, bestellt die Stadt an diesen Grundstücken vor Veräußerung auf Verlangen des WÄRMEVERSORGERS zu dessen Gunsten beschränkte persönliche Dienstbarkeiten. Abs. 3 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.

Die Stadt erhält eine Entschädigung, falls sich wegen der Bestellung einer Grunddienstbarkeit für die Stadt nur ein geringerer Verkaufserlös erzielen lässt.

Bei einer Entwidmung von öffentlichen Verkehrsräumen ohne Eigentumswechsel bleiben die ausgeübten Benutzungsrechte gegenüber der Stadt aufrechtzuerhalten.

- (5) Soweit die Stadt einem Dritten die Führung von Leitungen in öffentlichen Verkehrsräumen bzw. über ihr Eigentum gestattet, wird die Stadt dafür Sorge tragen, dass sich dieser mit dem WÄRMEVERSORGER über die Leitungsführung verständigt.

Bei Näherungen, Kreuzungen usw. von Leitungen sollen die Kosten von Schutzmaßnahmen, Leitungsverlegungen usw. von demjenigen getragen werden, der seine Anlagen zuletzt errichtet oder ändert. Die Stadt wird sich bemühen, dies bei Abschluss von Verträgen mit Dritten sicherzustellen.

Bei Leitungsbaumaßnahmen von Unternehmen, die zu 100 % im Eigentum der Stadt stehen, gelten hinsichtlich der Kostentragung ausschließlich die Regelungen des § 6.

§ 4

Planung, Bau und Unterhaltung von Wärmeversorgungsanlagen

- (1) Wärmeversorgungsleitungen in Grundstücken der Stadt sind vom WÄRMEVERSORGER im Einvernehmen mit der Stadt zu planen, dass der Hauptzweck, dem das Grundstück dient, möglichst wenig beeinträchtigt wird. Die Stadt kann eine Änderung der Planung verlangen, wenn ein überwiegendes öffentliches Interesse oder ihr wirtschaftliches Interesse oder ein anderer wichtiger Grund es erfordert.
- (2) Der WÄRMEVERSORGER gestattet der Stadt oder anderen Versorgungsunternehmen Leitungen oder Leerrohre (z.B. für Breitbandkabel der Art drei- oder mehrfach DN 50) im Zuge der Verlegung der Wärmeversorgungsleitungen mit zu verlegen bzw. verlegen zu lassen. Die Betroffenen stimmen die Planung ab. Die Stadt oder das andere Versorgungsunternehmen trägt die hierfür anfallenden Mehrkosten wie zum Beispiel für Leerrohre, Leitungen, breitere und/oder tiefere Gräben, Querungen etc. Die Mehrkosten sind vor Durchführung der jeweiligen Maßnahme zu benennen. Die Gestattung der Leitungsverlegung durch andere Versorgungsunternehmen erfolgt durch die Stadt.
- (3) Die Ausführung der von dem WÄRMEVERSORGER geplanten Baumaßnahmen ist mit der Stadt zu koordinieren, damit eine vernünftige Abstimmung mit den von der Stadt oder von anderen Versorgungsträgern geplanten Baumaßnahmen erfolgt. Insbesondere ist dabei die Abstimmung über die Lage etwaiger sich darin befindlicher Kabel, Leitungen oder Kanäle der Stadt oder Dritter herbeizuführen. Ziel der Koordinierung ist es, dass jeder Beteiligte auf die berechtigten Interessen der anderen Beteiligten Rücksicht nimmt. Der WÄRMEVERSORGER sendet der Stadt möglichst frühzeitig spätestens jedoch vier Wochen vor Beginn der Arbeiten in den öffentlichen Verkehrsräumen der Stadt maßstäbliche Pläne zu, aus denen die beabsichtigte Anlage ersichtlich und nachvollziehbar ist. Die Stadt ist berechtigt, vor Baubeginn Änderungen zu fordern, wenn ein überwiegendes öffentliches Interesse oder ihr wirtschaftliches Interesse oder ein anderer Grund es erfordert.

- (4) Wärmeversorgungsleitungen werden vom WÄRMEVERSORGER nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie anerkannten Regeln der Technik und der Baukunst erstellt, betrieben und unterhalten. Die Errichtung oberirdischer Anlagen ist nur im Einvernehmen mit der Stadt und bei Vorliegen zwingender technischer und wirtschaftlicher Erfordernisse zulässig.
- (5) Für Aufgrabungen des öffentlichen Verkehrsraums hat der WÄRMEVERSORGER, sofern es sich nicht um die Beseitigung von Schäden handelt, die keinen Aufschub duldet, rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten eine Genehmigung schriftlich mindestens vier Wochen vor Beginn zu beantragen. Über notwendige Sofortmaßnahmen ist die Stadt unverzüglich zu verständigen; eine notwendige Gestattung wird dann nachträglich erteilt. Soweit für den Bau, die Änderung oder Beseitigung von Wärmeversorgungsleitungen eine Beteiligung oder die Zustimmung anderer Behörden, Versorgungsträger oder Privatpersonen bzw. den übrigen Benutzern der öffentlichen Verkehrsräume erforderlich ist, hat der WÄRMEVERSORGER deren Einverständnis auf eigene Kosten einzuholen.
- (6) Der WÄRMEVERSORGER verpflichtet sich, alle Arbeiten mit der Sorgfalt eines ordentlichen Unternehmens sach- und fachgerecht durchzuführen oder durchführen zu lassen und dabei insbesondere die Verkehrssicherungspflichten zu übernehmen.
- (7) Alle Aufgrabungen und die Wiederherstellung des öffentlichen Verkehrsraums werden von der Stadt innerhalb von acht Wochen nach Anzeige der Fertigstellung abgenommen; der WÄRMEVERSORGER teilt der Stadt rechtzeitig mit, wann dies möglich ist. Über die Abnahme ist eine Niederschrift zu fertigen, die von beiden Vertragspartnern gegengezeichnet wird. Nach Abschluss ihrer Arbeiten hat der WÄRMEVERSORGER den öffentlichen Verkehrsraum, soweit diese von Bauarbeiten berührt wurden, unverzüglich wieder in einen dem früheren Zustand oder gleichwertigen Zustand zu versetzen. Hierfür leistet die der WÄRMEVERSORGER danach mindestens 5 Jahre lang Gewähr. Die Gewährleistungsfrist beginnt mit der Abnahme der Wiederherstellung nach Satz 1 zu laufen. Kommt der Wärmeversorger seinen Verpflichtungen nicht oder nicht rechtzeitig oder nicht vollständig nach, so hat die Stadt das Recht, die Arbeiten auf Kosten des WÄRMEVERSORGERS ausführen zu lassen, sofern der WÄRMEVERSORGER einer schriftlichen Aufforderung in angemessener Frist nicht Folge geleistet hat. Bei Gefahr im Verzug kann die Gemeinde sofort die erforderlichen Maßnahmen treffen.
- (8) Bei Ausbau bestehender öffentlicher Verkehrsräume oder bei der Anlegung neuer öffentlicher Verkehrsräume hat der WÄRMEVERSORGER Wärmeversorgungsleitungen, die sie in diesen Verkehrsräumen zu entrichten beabsichtigt, in unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang mit den Arbeiten der Stadt bzw. anderer Versorgungsträger zu verlegen.
- (9) Der WÄRMEVERSORGER führt ein Bestandsplanwerk über seine in Tengen vorhandenen Verteilungsanlagen nach einem in der Versorgungswirtschaft üblichen Standard. Er stellt der Stadt auf Anfrage eine Übersicht über die in Tengen vorhandenen Verteilungsanlagen in der beim WÄRMEVERSORGER vorhandenen Form unentgeltlich zur Verfügung. Soweit verfügbar und gewünscht, werden die Daten auf Basis des aktuellen technischen Standards geliefert. Dies entbindet die Stadt allerdings nicht von ihrer Pflicht, vor der Ausführung von Bauarbeiten das Vorhandensein sowie die genaue Lage von Verteilungsanlagen des WÄRMEVERSORGERS im Arbeitsbereich bei diesem zu erheben. Im Übrigen erhält die Stadt auf Anfrage wie jeder Dritte Auskunft über den aktuellen Leitungsverlauf an einzelnen Punkten des Versorgungsnetzes.
- (10) Zur Einhaltung ihrer Verkehrssicherungspflicht ist die Stadt berechtigt, auf Kosten des WÄRMEVERSORGERS Mängel, die auf das Vorhandensein dessen Wärmeversorgungsleitungen zurückzuführen sind, selbst zu beseitigen oder durch Dritte beseitigen zu lassen. Dieses Recht steht der Stadt nur zu, wenn sie den WÄRMEVERSORGER unter Fristsetzung erfolglos zur Mängelbeseitigung aufgefordert

hat oder ein Notfall vorliegt. ³

§ 5 Konzessionsabgabe, Verwaltungskostenbeitrag

- (1) Als Entgelt für die nach § 3 Abs. 1 eingeräumten Nutzungsrechte zahlt der WÄRMEVERSORGER an die Stadt Konzessionsabgaben.
- (2) Die Konzessionsabgabe beträgt für die Tarifkunden
 - a. im Zeitraum 01.01.2017 bis 31.12.2020 1,75 %
 - b. im Zeitraum 01.01.2021 bis 31.12.2036 2,5 %

der Entgelte aus Wärmelieferungen an Letztverbraucher, die zu dem jeweiligen Allgemeinen Tarif und den Bedingungen für die Versorgung von Tarifkunden beliefert werden.

Entgelte im Sinne von Absatz 2 sind sämtliche Preisbestandteile wie Arbeits-, Mess-, Grund- und Leistungspreis sowie neu eingeführte Steuern, Abgaben, Umlagen oder andere durch Gesetz oder behördliche Maßnahmen bewirkte Kosten und deren spätere Änderung mit Ausnahme der gesetzlichen Mehrwertsteuer.

Ändern sich die vorgenannten Preisbestandteile, ändert sich die Konzessionsabgabe im Verhältnis der in Absatz 2 genannten Prozentsätze.

- c. Für den Zeitraum nach dem 31.12.2027 können die Vertragspartner über die Prozentsätze nach Abs. 2 a und b hinaus neue Abmachungen treffen.
- (3) Der Stadt wird in Anlehnung an die entsprechenden Regelungen der Konzessionsabgabenverordnung für den Eigenverbrauch ein Preisnachlass von 10% des Rechnungsbetrages eingeräumt.
- (4) Liefern Dritte im Wege der Durchleitung Wärme an Letztverbraucher, so sind von dem WÄRMEVERSORGER für diese Lieferungen Konzessionsabgaben in der Höhe an die Stadt zu zahlen, wie sie der WÄRMEVERSORGER bei einer Lieferung durch den Grundversorger in diesem Konzessionsgebiet zu zahlen hätte.
- (5) Wird ein Weiterverteiler über den öffentlichen Verkehrsraum mit Wärme beliefert, die er ohne Benutzung solcher Flächen an Letztverbraucher weiterleitet, hat der WÄRMEVERSORGER für dessen Belieferung Konzessionsabgaben in der Höhe an die Stadt zu zahlen, wie sie ohne Einschaltung des Weiterverteilers angefallen wären.
- (6) Die Zahlung der für ein Kalenderjahr zu bezahlenden Konzessionsabgaben erfolgt unaufgefordert bis spätestens Ende März des folgenden Jahres auf das Konto der Stadt Tengen. Dabei sind die Abrechnung, die ihr zugrunde gelegten Daten sowie deren Ermittlung nachvollziehbar darzustellen.
- (7) Der WÄRMEVERSORGER wird nach der Berechnung der Konzessionsabgabe für jedes Kalenderjahr die Ordnungsmäßigkeit der Abrechnung durch entsprechende Nachweise aus dem EDV-System belegen.
- (8) Sollte die Konzessionsabgabe auf Grund gesetzlicher Bestimmungen oder Verwaltungsanordnungen bzw. infolge der Rechtsprechung ersatzlos wegfallen, werden die Stadt und der WÄRMEVERSORGER Verhandlungen mit dem Ziel aufnehmen, der Stadt eine anderweitige, wirtschaftlich gleichwertige Gegenleistung zu verschaffen,

soweit diese rechtlich zulässig ist.

- (9) Für konkrete Leistungen, die die Stadt auf Verlangen oder im Einvernehmen mit dem WÄRMEVERSORGER zum Vorteil des WÄRMEVERSORGER erbringt und die Stadt im Einzelnen aufzuschlüsseln hat, gewährt der WÄRMEVERSORGER im gesetzlich zulässigen Umfang Verwaltungskostenbeiträge.

§ 6 Änderung der Verteilungsanlagen

- (1) Die Stadt kann eine Änderung der Verteilungsanlagen verlangen, sofern dies im öffentlichen Interesse der Stadt notwendig ist. Die Stadt wird den WÄRMEVERSORGER vor allen Maßnahmen, die eine Änderung von Verteilungsanlagen notwendig machen, unterrichten und ihm dadurch Gelegenheit zur Stellungnahme geben, damit die Änderungen zum beiderseitigen Vorteil auf das durch das öffentliche Interesse gebotene Maß beschränkt werden und der angestrebte Zweck mit den für beide Seiten geringsten Aufwendungen erreicht wird.

Die Stellungnahme des WÄRMEVERSORGERS hat bis zum Ablauf eines Monats nach Unterrichtung gegenüber der Stadt zu erfolgen. Will die Stadt eine ihr fristgerecht zugegangene Stellungnahme für die Änderung von Verteilungsanlagen vollständig oder teilweise nicht berücksichtigen, so wird die Stadt dem WÄRMEVERSORGER die Begründung hierfür vor Beginn der Baumaßnahmen mitteilen. Für Unterrichtungen, Stellungnahmen und Begründungen nach Maßgabe dieses Absatzes gilt jeweils die Schriftform als vereinbart.

- (2) Die Verlegungskosten (Selbstkosten) für Änderungen der Verteilungsanlagen, die die Stadt nach Maßgabe des Abs. 1 Satz 1 verlangen kann, werden außer in den in Abs. 2 Satz 2 benannten Fällen von dem WÄRMEVERSORGER getragen.

Die Stadt trägt die Verlegungskosten, wenn sie vor Beginn der Baumaßnahmen dem WÄRMEVERSORGER keine Gelegenheit zur Stellungnahme nach Abs. 1 Satz 2 und 3 gegeben hat oder dem WÄRMEVERSORGER keine Begründung nach Abs. 1 Satz 4 im Falle der Nichtberücksichtigung seiner Stellungnahme mitgeteilt hat.

Erfolgt die Änderung der Verteilungsanlagen auf Veranlassung des WÄRMEVERSORGERS, so trägt der WÄRMEVERSORGER die entstehenden Kosten.

Hat die Stadt Ersatzansprüche gegenüber Dritten oder leisten Dritte Zuschüsse, sind diese zur Minderung der Änderungskosten zu verwenden, soweit dies mit der Zweckbestimmung der geleisteten Zuschüsse in Einklang steht. Die Kostenerstattungsregelungen für Sanierungsgebiete gemäß § 150 Baugesetzbuch bleibt unberührt. Bei dinglich gesicherten Verteilungsanlagen gilt die gesetzliche Folgekostenregelung (§ 1023 BGB).

- (3) Wenn nicht dinglich gesicherte Verteilungsanlagen auf Grundstücken Dritter infolge planerischer Festlegungen der Stadt (z.B. bei der Aufstellung eines Bebauungsplans) verlegt werden müssen, findet Abs. 2 entsprechend Anwendung.

§ 7 Haftung

Der WÄRMEVERSORGER haftet der Stadt oder Dritten nach den gesetzlichen Bestimmungen für Schäden, die bei der Errichtung, Änderung, Entfernung oder dem Betrieb von Verteilungsanlagen des WÄRMEVERSORGERS entstehen.

Soweit es hierbei auf ein Verschulden des WÄRMEVERSORGERS ankommt, wird der WÄRMEVERSORGER nur dann von der Haftung frei, wenn er fehlendes Verschulden nachweist.

Der WÄRMEVERSORGER wird die Stadt von etwaigen Ansprüchen Dritter nach Satz 1 freistellen. Die Stadt wird die Behandlung dieser Ansprüche mit dem WÄRMEVERSORGER abstimmen. Die Stadt haftet dem WÄRMEVERSORGER für Beschädigungen seiner Verteilungsanlagen, wenn ihr ein Verschulden nachgewiesen wird; die Ersatzpflicht für die Wiederherstellung der beschädigten Anlagen ist auf die dafür entstehenden Selbstkosten beschränkt.

Die Stadt haftet weder für die Beschaffenheit noch für Eigenschaften der Vertragsgrundstücke, die der gestatteten Nutzung entgegenstehen oder sie beeinträchtigen.

§ 8 Zusammenarbeit mit der Stadt

- (1) Stadt und WÄRMEVERSORGER messen der Versorgungssicherheit, dem Umweltschutz, der rationellen Energieverwendung und dem verstärkten Einsatz von erneuerbaren Energien eine hohe Bedeutung zu.
- (2) Auf Wunsch der Stadt übermittelt ihr der WÄRMEVERSORGER jährlich unentgeltlich die Informationen der Anlage 1 in Form eines schriftlichen Berichts. Darüber hinaus kann die Stadt verlangen, dass ihr die Informationen der Anlage 1 im Gemeinderat vorgestellt werden.
- (3) Der WÄRMEVERSORGER hat auf Verlangen im Gemeinderat die in der **Anlage 1** näher dargestellten Informationen zu präsentieren. Der WÄRMEVERSORGER wird im Rahmen seiner Präsentation eine aktualisierte Übersicht zu den Bezugs- und Verkaufsmengen, des Netzverlusts, der Zahl der Hausanschlüsse, den Leitungslängen, der Zahl der Stationen sowie der Altersstruktur des Wärmeversorgungsnetzes vorstellen und gemeinsam mit den Vertretern des Gemeinderats beraten.

§ 9 Vertragsdauer, Kündigungsrecht, Vorkaufsrecht

- (1) Dieser Vertrag beginnt am 01.01.2017 und endet am 31.12.2036 (20 Jahre).
- (2) Der WÄRMEVERSORGER wird der Stadt auf Antrag drei Jahre vor dem 31.12.2033 und vor dem 31.12.2036 in dem gesetzlich erforderlichen Umfang und Format diejenigen Informationen über die technische und wirtschaftliche Situation des Netzes zur Verfügung stellen, die für eine Bewertung des Netzes erforderlich sind. Die Informationen umfassen insbesondere Pläne zum Bestand und Umfang der Verteilungsanlagen für die allgemeine Versorgung, ein aktuelles Mengengerüst der vorhandenen Verteilungsanlagen (mit Angabe von Alter, Material und Abmessungen), eine fortgeschriebene Aufstellung der für diese Anlagen vereinnahmten Anschlussbeiträge und Baukostenzuschüsse, ein Verzeichnis der der örtlichen Versorgung dienenden Grundstücke

des WÄRMEVERSORGERS sowie ein Konzept zur Netztrennung.

- (3) Der WÄRMEVERSORGER räumt der Stadt Tengen im Falle des Verkaufs des Wärmenetzes sowie der weiteren der Wärmeversorgung dienenden Anlagen ein Vorkaufsrecht ein.

§ 10 Übernahme der Verteilungsanlagen durch die Stadt

- (1) Die Stadt hat das Recht, nach Ablauf des Vertrages die der allgemeinen Versorgung in Tengen dienenden Verteilungsanlagen von dem WÄRMEVERSORGER zu übernehmen, sofern die Verteilungsanlagen nicht im Zusammenhang mit dem Abschluss eines Konzessionsvertrags mit einem anderen Energieversorgungsunternehmen an dieses zu übertragen sind.

Will die Stadt von diesem Recht Gebrauch machen, teilt sie dies dem WÄRMEVERSORGER spätestens 1 Jahr vor Vertragsende schriftlich mit.

Das Erwerbsrecht ist mit allen hieraus resultierenden Rechten und Pflichten auf Dritte übertragbar. Eine Verpflichtung der Stadt zum Erwerb besteht nicht.

- (2) Macht die Stadt von ihrem Recht zur Übernahme nach Abs. 1 Gebrauch, ist sie verpflichtet, alle in Tengen vorhandenen Verteilungsanlagen des WÄRMEVERSORGERS zu kaufen, die ausschließlich der Versorgung im versorgten Gebiet dienen.

Alle übrigen Verteilungsanlagen verbleiben bei dem WÄRMEVERSORGER; hinsichtlich der Anlagen, die teilweise der Versorgung der Stadt dienen, werden Stadt und WÄRMEVERSORGER im Rahmen des Entflechtungskonzepts eine angemessene Lösung herbeiführen.

- (3) Der Kaufpreis für die zu übergebenden Verteilungsanlagen ist die wirtschaftlich angemessene Vergütung gemäß § 46 Abs. 2 EnWG zuzüglich Umsatzsteuer (Ertragswertverfahren). Bei der Ermittlung des Kaufpreises sind die von Anschlussnehmern, der Stadt oder Dritten geleisteten und noch nicht aufgelösten Ertragszuschüsse zu berücksichtigen.
- (4) Der Kaufpreis für die Verteilungsanlagen ist am Tag der Übernahme zur Zahlung fällig.
- (5) Hinsichtlich der nach Abs. 2 Satz 2 bei dem WÄRMEVERSORGER verbleibenden Verteilungsanlagen bleiben die dem WÄRMEVERSORGER eingeräumten Rechte nach diesem Vertrag bis zu einer vertraglichen Neuregelung bestehen.

Über die Einzelheiten der weiteren Inanspruchnahme der gemeindlichen Grundstücke werden die Stadt und der WÄRMEVERSORGER eine besondere Vereinbarung abschließen; dazu gehört auch die Festlegung einer angemessenen Vergütung, soweit dies gesetzlich zulässig ist.

- (6) Der WÄRMEVERSORGER ist im Falle einer Übertragung nach Ziff. 2 verpflichtet, der Stadt die zu übertragenden Wärmeversorgungsleitungen in einem ordnungsgemäßen und betriebsfähigen Zustand zu übergeben. Die Vertragsparteien werden die Kosten der Entflechtung und Einbindung auf das geringst mögliche Maß beschränken. Die Kosten der Entflechtung trägt der WÄRMEVERSORGER, die Kosten der Einbindung trägt die Stadt bzw. ein von der Stadt verpflichtetes Unternehmen.

§ 11
Allgemeine
Wärmeversorgungsregelungen

- (1) Die Stadt ist berechtigt und verpflichtet, ihre Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf einen Nachfolger zu übertragen, der ihre Funktion bzw. Aufgabenstellung aufgrund einer vertraglichen Vereinbarung übernommen hat. Der WÄRMEVERSORGER ist zu informieren.
- (2) Der WÄRMEVERSORGER ist berechtigt, die Rechte und Pflichten auf ein anderes Unternehmen zu übertragen. In diesem Fall ist der WÄRMEVERSORGER verpflichtet, sicherzustellen, dass der Eigentumsübergangspflicht nach § 9 Abs. 1 nachgekommen werden kann, und dies der Stadt nachweisen. Der WÄRMEVERSORGER hat die technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des anderen Unternehmens nachzuweisen. Die Stadt kann der Übertragung widersprechen, insbesondere wenn das andere Unternehmen nicht genügend Sicherheiten für die Erfüllung der Vertragspflichten bietet.
- (3) Die Stadt kann den Konzessionsvertrag unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Jahr kündigen, wenn sich der Mehrheitsaktionär des WÄRMEVERSORGERS ändert.
- (4) Sollte es dem WÄRMEVERSORGER durch Gesetz oder Verwaltungsmaßnahmen ganz oder teilweise unmöglich werden, die in diesem Vertrag vereinbarten Leistungen für die von der Stadt eingeräumten Rechte zu erbringen, so wird der WÄRMEVERSORGER im Rahmen des rechtlich Zulässigen der Stadt andere gleichwertige Leistungen gewähren, soweit der WÄRMEVERSORGER durch den Wegfall oder die Beschränkung der genannten Vorschriften begünstigt wird. Die Art und Weise der dann zu erbringenden Leistungen wird zwischen den Vertragspartnern vereinbart.
- (5) Bei Streitigkeiten über den Inhalt oder den Vollzug des Vertrages werden die Vertragspartner eine gütliche Einigung anstreben. Gelingt dies nicht, so entscheiden die ordentlichen Gerichte, sofern sich beide Vertragspartner nicht auf die Einsetzung eines Schiedsgerichts oder auf die Einholung eines Schiedsgutachtens einigen.

Gerichtsstand ist der Sitz des für Tengen zuständigen Amtsgerichts. Änderungen und/oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform.

- (6) Der WÄRMEVERSORGER gewährleistet über die Beendigung des Vertrages hinaus bis zu einer Versorgungsaufnahme eines anderen Wärmeversorgers die Versorgung unter weiter gehender Zahlung der Konzessionsabgabe.

§ 12 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages rechtsunwirksam sein oder werden, wird die Gültigkeit der übrigen Vertragsbestimmungen davon nicht berührt. Die Vertragspartner verpflichten sich, die rechtsunwirksame Bestimmung durch eine ihr im wirtschaftlichen Erfolg möglichst gleichkommende Bestimmung zu ersetzen.

An die Stelle der unwirksamen Bestimmung oder zur Ausfüllung einer Vereinbarungslücke soll eine angemessene Regelung treten, die dem am nächsten kommt, was die Beteiligten gewollt haben oder gewollt haben würden, wenn sie bei Abschluss dieser Vereinbarung diesen Punkt bedacht hätten.

Für die Stadt Tengen

Für den Wärmeversorger

Tengen, den.....

Grafenhausen, den.....

.....
Marian Schreier
Bürgermeister

.....
Karin Stulz
Fernwärme Tengen AG

Anlage 1:

Erläuterung zu § 8 Abs. 2 + 3 des Konzessionsvertrages zwischen Fernwärme Tengen AG und der Stadt Tengen:

1. Einen Jahresplan für die Investition und Instandhaltung in Bezug auf die Verteilungsanlagen für das folgende Jahr, sowie eine 3-jährige Perspektivplanung. Dies beinhaltet auch einen Statusbericht über den aktuellen Stand der laufenden Maßnahmen.
2. Information über geplante Investitionsprojekte im Bereich erneuerbare Energien
3. Information über geplante oder durchgeführte Nachberohrung- oder Verdichtungsmaßnahmen im Wärmenetz (z.B. Erschließung von Neubaugebieten).
4. Informationen über Störfälle und drohende Netzengpässe.
5. Plan des Versorgungsgebiets